

01.08.2012 | Nr. 299/12

Hans-Jörn Arp: Auch SPD-Chef Stegner muss endlich verstehen, dass wir in einem Rechtsstaat und nicht in einer Bananenrepublik leben!

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, hat heute (01. August 2012) Innenminister Andreas Breitner (SPD) darin bestärkt, das im Gegensatz zum Glücksspielstaatsvertrag der anderen 15 Bundesländer von der EU-Kommission notifizierte und von der Monopolkommission gelobte schleswig-holsteinische Glücksspielgesetz weiter umzusetzen und auf dessen Grundlage auch Lizenzen für Online-Poker zu vergeben:

„Auch SPD-Chef Stegner muss endlich verstehen, dass wir in einem Rechtsstaat und nicht in einer Bananenrepublik leben. Deshalb begrüße ich, dass der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Andreas Breitner in seiner Rolle als Innenminister Stegners Druck standhält und die rechtmäßige Vergabe von Online-Pokerlizenzen nicht länger ausschließt, kommentierte Arp entsprechende Meldungen der NDR 1 Welle Nord.

In diesem Zusammenhang forderte der CDU-Abgeordnete Innenminister Breitner auf, alle ausstehenden Lizenzierungsverfahren verzugslos zum Abschluss zu bringen, um weitere Verpflichtungsklagen zu vermeiden. Arp: „Es wäre mehr als peinlich, wenn der Landesregierung durch die Gerichte ins Stammbuch geschrieben würde, gegen geltendes Recht keine Lizenzen zu vergeben.“

Viel zu lange sei die schleswig-holsteinische SPD ihrem Landesvorsitzenden Stegner in dessen Kurs gefolgt, das staatliche Glücksspielmonopol auch gegen geltendes Recht und gegen den gesunden Menschenverstand um jeden Preis zu sichern.

„Angesichts der rasant zunehmenden Zahl der Spieler ist auch für Online-Poker ein klarer rechtlicher Rahmen erforderlich, der unter anderem den Spieler- und Jugendschutz sowie die Suchtprävention regelt und eine entsprechende Überwachung sicherstellt. Es darf nicht länger so getan werden, als ob die Spieler in Deutschland die zahlreichen ausländischen Angebote im Internet nicht wahrnehmen würden. Malta ist am Computer nur einen Mausklick entfernt“, erklärte Arp.

Der CDU-Abgeordnete forderte die Kolleginnen und Kollegen von Grünen, SPD und SSW auf, vor einer Entscheidung über einen Beitritt Schleswig-Holsteins zu einem Glücksspielstaatsvertrag dessen Notifizierung durch die EU-Kommission abzuwarten:

„Bereits mit dem letzten Glücksspielstaatsvertrag – den SPD-Chef Stegner in seiner damaligen Funktion als Innenminister mit ausgehandelt und für den er in Kabinett und Landtag vehement geworben hat – sind die 16 Bundesländer vor dem EuGH krachend gescheitert. Deshalb wird sich dieses Mal kein Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtages mehr damit entschuldigen können, es habe in dieser Frage dem Urteil von Herrn Stegner vertraut“, so Arp abschließend.